

vom

13. August 2009

OB-Schreiben an Bürgerinitiative Kühnauer Straße

Anliegen wird mit mehreren Maßnahmen Rechnung getragen

Ein Schreiben des Oberbürgermeisters geht in diesen Tagen bei den Anwohnern der Kühnauer Straße, Oechelhaeuser- und Krosigkstraße ein, die kürzlich wegen des höheren Verkehrsaufkommens eine Bürgerinitiative ins Leben riefen. Darin informiert das Dezernat für Wirtschaft und Stadtentwicklung über den aktuellen Sachstand und die Möglichkeiten, wie den Hinweisen und Bedenken möglicherweise Rechnung getragen werden kann.

Wie aus dem ausführlichen und detaillierten Schreiben zunächst hervorgeht, ist nicht jeder Punkt des Forderungskataloges der Bürgerinitiative geeignet, die gewünschte Entlastung zu gewährleisten. Dazu zählen u. a. die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h, der durchgängige Ampelbetrieb sowie eine stationäre Geschwindigkeitsanlage.

Mit mehreren Maßnahmen soll dagegen nun versucht werden, sich des Anliegens anzunehmen. Dazu zählen Lärm- und Schwingungsmessungen, die eine Woche lang im September durchgeführt werden. Hierfür erteilt das Landesamt für Umweltschutz (LAU) Amtshilfe, da die notwendige Gerätschaft seitens der Stadtverwaltung nicht vorgehalten wird. Ein Parkverbot für Lkw ist seit dem 15. Juli in Kraft, weitere Einschränkungen sind aber nicht vorgesehen. In den kommenden Wochen werden verstärkt mobile Geschwindigkeitskontrollen und Verkehrsbeobachtungen durchgeführt, deren erste Auswertung zum Monatsende vorliegen soll.

Der wichtigste Punkt ist sicherlich, dass an einer technischen Lösung zur Erneuerung der Fahrbahn derzeit gearbeitet wird. Ziel ist, nach geklärter Finanzierung noch 2009 einen entsprechenden Stadtratsbeschluss herbeizuführen, um dann mit der Ausschreibung der Bauleistungen beginnen zu können. Für die Finanzierung der Baumaßnahme bereitet das Tiefbauamt zurzeit einen Fördermittelantrag vor. Bei einem Arbeitsgespräch im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr am 27. August in Magdeburg will sich der Beigeordnete für Wirtschaft und Stadtentwicklung, Joachim Hantusch, für die Bereitstellung dieser Fördermittel einsetzen.

In dem Schreiben an die Bürgerinitiative sichert OB Koschig zu, die Betroffenen über den Fortgang der Untersuchungen und Auswertungen auf dem Laufenden zu halten. Zu gegebener Zeit wird, um die Lösungsmöglichkeiten gemeinsam zu erörtern, der Bürgerinitiative ein Gesprächstermin angeboten.